



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. September 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 165 Anfrage Marti Urs und Mit. über die Aufhebung des Standortes Luzern im Bereich SBB Infrastruktur Projekte / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Urs Marti ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urs Marti: Laut der Antwort des Regierungsrates argumentieren die SBB mit der Konzentration und den tieferen Gemeinkosten in Olten. Sind aber nicht die hohen zu generierenden Mieteinnahmen im Bahnhofgebäude das Hauptargument? Die SBB betreiben heute für 14 ganze Arbeitspensen zehn Arbeitsplätze. Die Plätze sind nicht mehr fest zugewiesen. Der Standortfaktor wird dadurch und durch die Globalisierung und die immer intensivere Vernetzung zunehmend weniger wichtig. Das Argument Olten ist etwas kraftlos. Seit Jahren herrscht bei den SBB-Stellen eine Bewegung weg von Luzern. Als Beispiel dafür gelten auch die SBB-Immobilien. Dem Kanton Luzern fallen nicht nur 170 höhere Fachstellen von Ingenieuren und Architekten weg. Nebst dem entsprechenden Braindrain wird auch das Steuersubstrat fehlen. Zudem ist damit zu rechnen, dass künftige Arbeitsvergaben vermehrt an externe Planungsbüros in Olten statt Luzern erfolgen. Damit wandert weiteres Arbeitsvolumen ab. In ähnlich gelagerten Fällen wurde politisch derart stark Einfluss genommen, dass ein Wegzug der SBB verhindert werden konnte, so zum Beispiel bei den Werkstätten in Bellinzona. Gemäss regierungsrätlicher Antwort pflegt man einen intensiven und regelmässigen Austausch mit den SBB. Wieso hat die Regierung aber erst einen Tag vor Bekanntgabe von den Plänen erfahren? Am 13. September 2016 hat die Wirtschaftsförderung am Bahnhof Flyer über die Fachkräfteinitiative mit dem Motto „Wohnen und Arbeiten in Luzern“ verteilt. Dies wurde von den SBB-Mitarbeitenden als schlechter Scherz aufgefasst. Der Eindruck, dass man sich nicht wirklich um bestehende Arbeitsplätze bemüht, hat sich verstärkt. Wir sollten uns deshalb die Frage stellen, was wir ändern können. Wir müssen zukünftig unbedingt vermeiden, dass noch mehr hochwertige Stellen aus dem Raum Luzern abwandern. Noch besser wäre es, alles daran zu setzen, dass bei künftigen Rochaden auch Luzern als Standort für die SBB berücksichtigt wird. Deshalb mache ich beliebt, dass sich die Regierung mit breiter Unterstützung der Politik an die oberste Spitze der SBB wendet und für die Zukunft entsprechende Forderungen platziert.

Reto Frank: Es ist nicht schön, dass in Luzern 170 Arbeitsplätze der SBB wegfallen. Ich denke aber, dass die Arbeitskräfte in Luzern bleiben werden. Die SBB hat in eigener Sache einen unternehmerischen und für mich nachvollziehbaren Entscheid getroffen. Trotz regelmässigem und intensivem Kontakt der Regierung mit der SBB-Infrastruktur ist seitens der SBB die geplante Versetzung von 170 Mitarbeitenden nach Olten nicht frühzeitig kommuniziert worden. Offenbar ist eine Einflussnahme seitens der Regierung für die SBB weder wichtig noch erwünscht gewesen. Hingegen steht die SBB mit der Personalkommission und den Sozialpartnern in engem Kontakt. Olten ist

bahnverkehrstechnisch gesehen eine bedeutende Eisenbahnstadt. Entsprechend ist auch die Infrastruktur in Olten ausgebaut. Es besteht seit eh und je eine tiefe Verbundenheit zwischen Olten und den SBB. Die SBB möchten in Olten freie Kapazitäten im neuen Aarepark nutzen. Durch die Bündelung ihrer personellen Ressourcen in Olten erhoffen sich die SBB gemäss eigenen Angaben eine bessere Zusammenarbeit innerhalb des Teams und eine höhere Arbeitseffizienz. Verschiedene Kantone sind von solchen personellen Zusammenzügen betroffen. Für den Kanton Luzern ist es aber besonders wichtig, dass die SBB am Standort Luzern festhalten wollen und die Arbeitnehmenden ihre Arbeitsplätze behalten können.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Arbeitsplätze zu verlieren, schmerzt und entspricht nicht unseren Anstrengungen. Im Gegenteil, wir wollen neue Arbeitsplätze im Kanton ansiedeln, und wir haben zudem die Bestandespflege verstärkt. Trotzdem können Arbeitsplätze verloren gehen. Unser Kontakt zur Konzernspitze der SBB ist wirklich gut. Das bedeutet aber nicht, dass uns die SBB bei der Planung ihrer Struktur weit im Voraus mit einbeziehen. Die Regierung erachtet solche Entscheide als unternehmerische Entscheide. Der Staat soll sich nicht in die Organisation von selbständigen Betrieben einmischen. Deshalb soll die Regierung auch nicht im Nachhinein am Entscheid der SBB rütteln. Die SBB erhoffen sich mit dem Wegzug nach Olten Prozessvereinfachungen und eine Gemeinkostensenkung. Ein Vergleich mit der Werkstatt in Bellinzona kann aber nicht gezogen werden. Wir sind froh, dass im Bahnhof Luzern wieder neue Arbeitsplätze im Gesundheitswesen entstehen werden.